



Migration und Flucht in Zeiten der Globalisierung

Mehr als 60 Mio. Menschen befinden sich derzeit weltweit auf der Flucht vor Krieg, Gewalt, Hunger oder Naturkatastrophen. Das sind so viele wie noch nie. Die Zahl der MigrantInnen wird auf ca. 240 Mio. Menschen weltweit geschätzt. Die meisten von ihnen bewegen sich in und zwischen den Ländern des Südens. Aber auch die Süd-Nord-Migration hat in den letzten Jahren zugenommen. Die Länder des Nordens haben sich in den 1980er und 1990er Jahren sehr stark für Freihandel und freie Kapitalbewegungen über Grenzen hinweg eingesetzt. Privatinvestitionen sollten dort angesiedelt werden, wo die Arbeitskräfte am billigsten und staatliche Regulierungen am schwächsten sind. In der neoliberalen Globalisierung sollen sich demnach zwar das Kapital und die Waren, nicht aber die Menschen frei über nationale Grenzen hinweg bewegen dürfen.

Globale Ungleichheit und Migration

Die Globalisierung hat zu einer Vertiefung der Ungleichheit zwischen wohlhabenden Ländern des Nordens und weniger wohlhabenden Ländern des Südens geführt. Mit Hilfe von ausländischen Direktinvestitionen und Finanzspekulationen wurde das Nationaleinkommen in den reichen Ländern in den letzten 30 Jahren wie sonst nie in den Jahren zuvor vermehrt. Auch

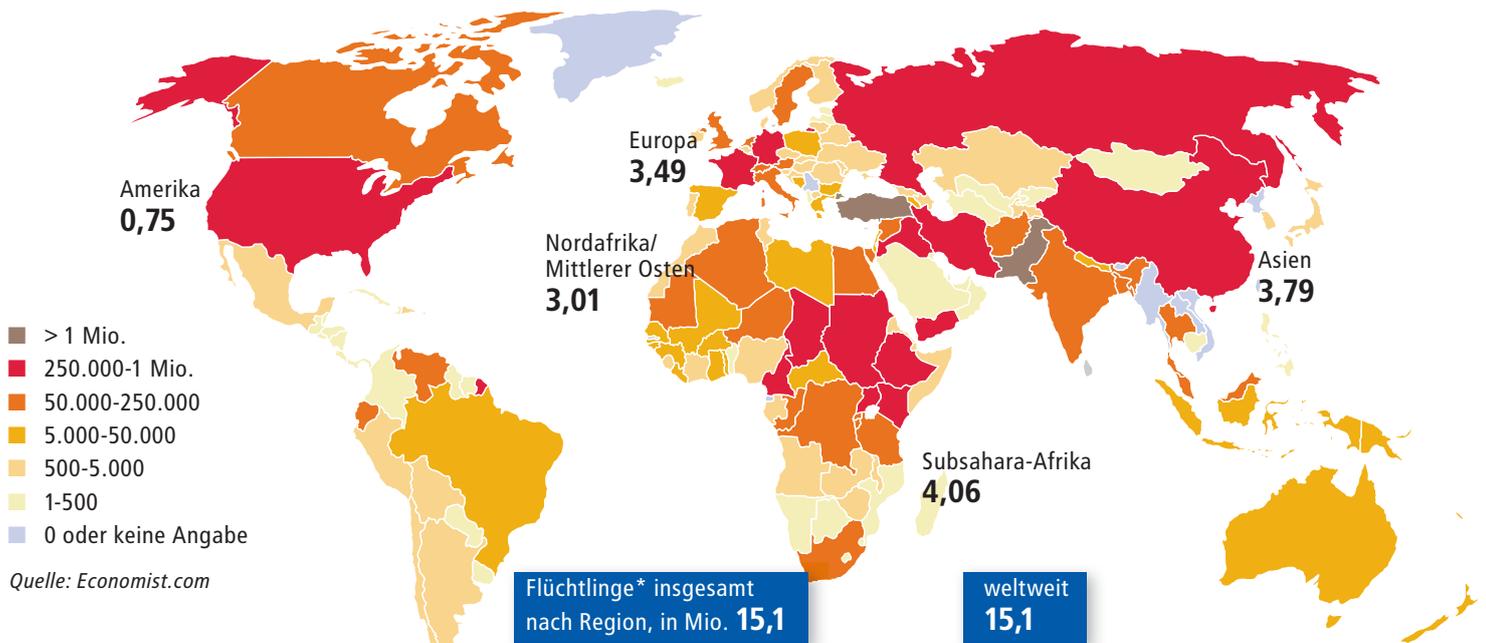
viele Entwicklungsländer konnten Handel und Wachstum zwar ausweiten, das versprochene Wirtschaftswunder der Liberalisierung ist aber weitgehend ausgeblieben. Im Gegenteil: Die Ungleichheit zwischen „arm“ und „reich“ hat weiter zugenommen. Einer Studie der Entwicklungsorganisation Oxfam zufolge besaßen im Jahr 2016 die acht reichsten Männer der Welt zusammen genommen 426 Mrd. US-Dollar während die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, d.h. 3,6 Mrd. Menschen, mit insgesamt 409 Mrd. US-Dollar Vermögen auskommen mussten.

Die besseren Lebensbedingungen in den reichen Ländern und Regionen des Nordens üben dabei eine enorme Anziehungskraft aus („Pull-Faktoren“). Gleichzeitig bieten die mangelnden Chancen in den armen Ländern und Regionen des Südens ausreichend Gründe für die Menschen dort, ihre Heimat zu verlassen („Push-Faktoren“). Das ist die Makroebene, die heute einen großen Teil der Migrationsbewegungen beeinflusst. Das war nicht immer so, denn Europa war lange Zeit selbst die Region, die beträchtliche Migrationsbewegungen in aller Welt ausgelöst hat. Kanada, Lateinamerika, die USA oder Australien sind nur einige Beispiele europäischer Auswanderungen im 19. und 20. Jahrhundert.

Krieg, Gewalt und Flucht

Die Globalisierung war und bleibt eine enorme Belastung für die Nationalstaaten im Süden. Die meisten Regierungen in ärmeren Ländern haben kaum Möglichkeiten, die eigenen Volkswirtschaften zu lenken und zu regulieren. Der Staat hat insbesondere in diesen Ländern seine Steuerungsfunktion verloren und wurde

Anzahl der eingetragenen Flüchtlinge nach Zielland in Mio., Stand 2015



* oder Menschen in Flucht ähnlichen Situationen

Quelle: Eigene Darstellung nach UNHCR, NATO, Migration Policy Institute, Refugees International, US State Department

damit entscheidend geschwächt. Die wirtschaftliche Schwächung des Staates führte wiederum zu einer Krise der politischen und administrativen Institutionen.



In fragilen Staaten können in Teilen des Landes oder im gesamten Staatsgebiet weder die öffentliche Sicherheit gewährleistet, noch Bildung, Gesundheit, wirtschaftliche Entwicklungschancen, Rechtsordnung und -sprechung sowie Umweltschutzmaßnahmen bereitgestellt werden. Es fehlt an fundamentaler Infrastruktur oder notwendigen Kommunikationseinrichtungen. In diesem Vakuum übernehmen Guerilla- und Rebellenbewegungen, Stammesfürsten, Warlords, religiöse Führer oder Dorfälteste die Macht. Kurz: Offizielle Strukturen werden zunehmend unterwandert und ausgehöhlt und der Prozess des Zerfalls schreitet voran.

In Folge dessen werden Menschen aufgrund der entstehenden Konflikte und Diktaturen zur Flucht gezwungen. Viele Flüchtlinge kommen aus fragilen Staaten, Kriegsgebieten und Konfliktregionen. Der größte Teil der Flüchtlinge bleibt allerdings innerhalb von natio-

nalen bzw. regionalen Grenzen. Gegenwärtig stellen Menschen aus Syrien die größte Gruppe der Geflüchteten dar. Millionen sind auf der Flucht vor dem brutalen Religions- und Bürgerkrieg, der im Land herrscht. Auch hier bleiben die meisten Menschen in der Region, viele nehmen aber auch den gefährlichen Weg nach Europa auf sich: Allein im Libanon leben nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR 1,15 Mio. registrierte Flüchtlinge, in Jordanien 650.000.

Klimawandel und Migration

Insbesondere in armen Entwicklungsländern hat der Klimawandel zu einer signifikanten Steigerung von Migration und Umsiedlung geführt. Zwischen den Jahren 2008 und 2013 mussten weltweit ca. 165 Mio. Menschen aufgrund Klimawandel bedingter Naturkatastrophen ihre Heimat verlassen. Nicht immer aber haben die sogenannten Umweltflüchtlinge die Möglichkeit, frei darüber zu entscheiden, ob sie migrieren oder bleiben. Diese Entscheidungen hängen von den Umständen ab, unter denen Menschen von Umweltereignissen betroffen sind. Für viele Regionen in Entwicklungsländern ist Migration der einzige Ausweg, sich an schwerwiegende Umweltveränderungen, beispielsweise Dürren oder Überschwemmungen, anzupassen. Diese Migration ist jedoch eher ein temporäres Phänomen und findet zumeist im regionalen und nur selten im transnationalen Kontext statt. Allmähliche Umweltveränderungen legen hingegen nahe, Auswanderung als eine Antwort auf den Klimawandel zu betrachten.

Nicht jede Katastrophe führt automatisch zu Auswanderung oder Vertreibung. Statistische Recherchen zeigen, dass Klimaereignisse zu Katastrophen werden, wenn sie



in bevölkerungsreichen Regionen stattfinden, in denen viele Menschen in prekären Wohnsituationen leben und dadurch verwundbar sind. Die aktuell bekanntesten Fälle sind die Dürrekrisen im Sudan, Südsudan, in Äthiopien oder Syrien. Die Überschwemmungen in Pakistan, den Philippinen oder in Bangladesch sind ebenfalls eindrucksvolle Beispiele. Die größten Wanderungsbewegungen infolge von Klimaveränderungen werden in Ländern und Regionen wie Pakistan, Westafrika, dem Horn von Afrika oder jenen Inselstaaten erwartet, die besonders stark vom Klimawandel betroffen sind.

ExpertInnen warnen schon lange davor, dass der Klimawandel in den nächsten Jahren die bereits bestehenden Migrationsbewegungen – insbesondere in den Entwicklungsländern – verschärfen wird. Schätzungen zufolge mussten schon bis zu einer Mrd. Menschen infolge von Klimaveränderungen ihre Heimat verlassen. Die zunehmende Migration aus Afrika über das Mittelmeer nach Europa ist unter anderem auch eine Folge von tiefgreifenden Umweltveränderungen in der Sahelregion und Subsahara-Afrika. Die Menschen sehen sich zu Migration gezwungen, weil sie sich nicht mehr ernähren können und deshalb ihr Überleben nicht mehr gewährleistet ist.

Die Fragilität Afrikas ist die Folge einer Kombination aus mehreren Faktoren: Hierzu zählen unter anderem extreme Armut, häufige Naturkatastrophen, Bevölkerungswachstum und Landwirtschaftssysteme wie Viehzucht und lokale Nahrungsmittelproduktion, die sehr stark von Regenfall abhängig sind. Hinzu kommen häufig staatliche Strukturen, die diesen Herausforderungen nicht angemessen begegnen können. Die Verbindung zwischen Klimawandel und Migration ist komplex und kann nur im Zusammenwirken mit anderen Ursachen wie ethnischen oder religiösen Konfliktsituationen, demographischen oder wirtschaftlichen Krisen verstanden werden.

Migration und Entwicklungspolitik

Die offizielle Antwort der Europäischen Union auf die derzeitigen Migrationsprozesse können als Fehlschlag betrachtet werden. Sowohl entwicklungspolitisch als auch wirtschaftspolitisch bleiben die Antworten der EU klar hinter den Erwartungen zurück. Angesicht dieser

Erkenntnisse müssen Instrumente wie der EU-Treuhandfonds oder das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei kritisch hinterfragt werden. Mit dem Treuhandfonds werden letztlich afrikanische Regierungen, die mit ihrer repressiven Politik mit dazu beitragen, dass immer mehr Menschen fliehen, nun selbst als Türsteher für die EU instrumentalisiert. Und im Rahmen des Abkommens mit der Türkei wird das Schicksal von Millionen Flüchtlingen in der Hand einer Regierung überlassen, die selbst grundlegende, demokratische Prinzipien missachtet.



Flüchtlinge brauchen den Schutz, der ihnen durch die Genfer Flüchtlingskonvention zusteht. Migration kann nicht bekämpft werden. Im besten Fall kann sie (menschlich) gestaltet werden und zwar so, dass es zu einer Win-Win-Situation für Ursprungs- und Zielländer führen kann.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat eine mehrere Ebenen umfassende Strategie zum Thema Vertreibung und Migration entworfen, die in ein koordiniertes Netzwerk von Auswärtigem Amt, Verteidigungs- und Umweltministerium eingebettet ist.

Um die Ursachen von Vertreibung und Migration zu bekämpfen, hat das BMZ für das Jahr 2016 ca. 3 Mrd. Euro bereitgestellt. Dabei sollen die UN-Organisationen, die in diesem Bereich engagiert sind, wie das Welternährungsprogramm, das Flüchtlings- oder das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, unterstützt werden.

Das BMZ sieht die Flüchtlingskrise als eine globale Herausforderung und plädiert deswegen dafür, das Thema auf die G20-Agenda 2017 zu setzen. Die Idee ist, globale Quoten auf UN-Ebene zu vereinbaren und je nach Wirtschaftspotenzial und Willen Flüchtlinge aufzunehmen. Der Vorschlag ist gut, könnte allerdings ähnlich wie in der EU am Widerstand vieler Länder scheitern. Deutschlands sollte sich hier für einen ehrgeizigen UN - Global Compact on Migration einzusetzen. Dieser sollte klare Ziele formulieren, messbare Indikatoren enthalten und ausreichende finanzielle Mittel für die Umsetzung bereitstellen, wie bereits in einer Stellungnahme des Verbands Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe VENRO gefordert.

Das BMZ will die Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit mit den Partnerländern auf die Vertreibungs- und Migrationsfragen verlegen. Damit rücken jene Länder in den Mittelpunkt der deutschen EZ, in denen sich viele intern Vertriebene aufhalten und die wichtige Transitländer sind, sowie jene Länder, die eine größere Anzahl an Flüchtlingen aufgenommen haben. Aus dieser begrüßenswerten Schwerpunktverlagerung heraus stellt sich nun die Frage, ob diese auf Kosten der Armutsbekämpfung in den Ländern geht, die nicht mit Migrations- und Vertreibungsproblemen konfrontiert sind.

Was die langfristigen und strukturellen Ansätze angeht, will das BMZ wichtige Ursachen für Migration bekämpfen. Dazu gehören: Nahrungsmittelunsicherheit, Ressourcenknappheit, Armut, Ungleichheit, Verfolgung und Umweltzerstörung. Interessant ist hier das Ziel, sich für eine faire Handelspolitik und menschenwürdige Arbeitsbedingungen einzusetzen.

Auch Vorgaben zur Finanzierung von zusätzlichen Maßnahmen zur Klimaanpassung und für den Klimaschutz, die im Rahmen der internationalen Klimafinanzierung bislang eher halbherzig erfüllt werden, finden in der neuen Strategie Erwähnung.

Die Mittel und Ressourcen, die an Mitteleinkommensländer, wie die Türkei und Jordanien, gegeben werden, dürfen nicht als offizielle Entwicklungshilfeleistungen angerechnet werden. Im Nachhaltigkeitsziel SDG 10.7 beispielsweise verpflichten sich die Regierungen, eine „geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen zu erleichtern“. Die Bundesregierung sollte in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie konkrete Indikatoren für die Erfüllung dieses Zieles formulieren.

Ausblick

Flucht und Migration sind nicht dasselbe – auch wenn eine Unterscheidung manchmal nicht eindeutig ist. Es gibt wichtige Unterschiede, sowohl bezüglich der Frage nach Zwang/Freiwilligkeit als auch nach der Zeitspanne, die Menschen unterwegs sind, bzw. sich fern ihrer Herkunftsländer aufhalten.

Mehr als 60 Mio. Menschen befinden sich momentan auf der Flucht vor Krieg, Konflikten und autoritären bis diktatorischen Regimen, den Folgen des Klimawandels oder anderen Gründen. Fluchtbewegungen können genauso plötzlich aufhören, wie sie entstanden sind. Das hängt von der Entwicklung der Krisen und Umstände ab, die ursprünglich zu Fluchtbewegungen geführt haben.

Migration ist dagegen ein langfristiger Prozess und das Resultat einer komplexen Verbindung zwischen Anziehungs- und Abstoßkräften, meist zwischen Nord und Süd. Das verdeutlichen die Lohn- und Einkommensunterschiede weltweit, aber auch Fragen der sozialen Sicherheit oder politischen, religiösen und persönlichen Freiheit. Die Bekämpfung von Migrationsursachen in den Herkunftsländern bleibt deswegen solange fragwürdig, bis endlich die strukturelle Verantwortung der EU und insbesondere Deutschlands als Ursache für weltweite Ungleichheit wahrgenommen wird.

Politische Verantwortung kann und sollte nicht an nationalen Grenzen enden. Migration ist ein globales Phänomen und kann nur mit Hilfe multilateraler Prozesse und Instrumente geregelt werden. Die für Migration ursächlichen strukturellen Probleme der Globalisierung können nur durch eine kohärente Strategie überwunden werden, die dazu beiträgt, weltweit zunehmende Ungleichheiten zu bekämpfen und die wirtschaftlichen Bedingungen dafür zu schaffen, dass sich Entwicklung und Wohlstand im Norden und Süden annähern.

Alle Informationen aus diesem Fact Sheet stammen aus der Studie: „Migration und Flucht in Zeiten der Globalisierung. Die Zusammenhänge zwischen Migration, globaler Ungleichheit und Entwicklung“



SÜDWIND

Seit 25 Jahren engagiert sich SÜDWIND e.V. für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit. Das Institut deckt ungerechte Strukturen auf, macht sie öffentlich und bietet Handlungsmöglichkeiten durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Gespräche mit den Verantwortlichen aus Politik oder Unternehmen, Engagement in Kampagnen und Netzwerken oder Beraten und Begleiten von Aktionen für VerbraucherInnen.



Impressum

Bonn, April 2017

Herausgeber

SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: +49(0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

Bankverbindung:

KD-Bank
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODED1DKD

Autor:

Dr. Pedro Morazán

Redaktion und Korrektur:

Vera Schumacher

V.i.S.d.P.: Martina Schaub

Gestaltung: www.pinger-eden.de

Druck und Verarbeitung:

Brandt GmbH, Bonn
Gedruckt auf Recycling-Papier

Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, durch den Evangelischen Kirchenverband Köln und Region sowie die Evangelische Kirche im Rheinland.

Gefördert durch

